

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Spalte, Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schreibleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Aufnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Die ungerechtfertigten Preissteigerungen der Lebensmittel

Der plötzliche Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges hat auf dem Lebensmittelmarkt im Anfangsstadium sehr bedenkliche Begleiterscheinungen zeitigt. In den letzten Juli- und ersten Augusttagen schneitten die Preise für notwendige Massenbedarfsartikel gewaltig in die Höhe. Während das deutsche Volk in kaum geahnter Einmütigkeit und vaterländischer Begeisterung sich zur Abwehr gegen hinterlistige Feinde erhob, gab es leider gewinnlüstige Elemente, die diese schicksalsschwangere Situation dazu ausnutzten, den breiten Volksmassen die notwendigsten Nahrungsmittel in ganz ungerechtfertigter Weise zu verteuern. Es bedurfte eines ganz energischen Eingreifens der Behörden, um diesem verwerflichen Treiben ein Ziel zu setzen. Allerdings waren auch die Konsumenten zum Teil an der Preistreiberen in den ersten Kriegstagen mitschuldig. Durch kopflose Masseneinkäufe wurden die Lagerbestände in vielen Geschäften in kurzer Zeit aufgeräumt und die Geschäftsinhaber dadurch zu Preisaufschlägen geradezu angezogen. Das waren jedoch nur Begleiterscheinungen der ersten Aufregung und konnten als sachliche Begründung für die erfolgten Preisaufschläge keinesfalls geltend gemacht werden.

Für den Groß- und Kleinhandel auf dem Lebensmittelmarkt ist es aber gewiß kein Ruhmesblatt, daß die Gesetzgebung und Verwaltung nach dem Kriegsausbruch eingreifen mußte, um wieder einigermaßen geordnete Zustände in der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Erst als der Reichstag in seiner Kriegssitzung vom 4. August durch ein Sondergesetz den Verwaltungsbehörden das Recht einräumte,

Höchstpreise für Lebensmittel

festzusetzen, und als dann vielerorts von diesem Recht praktischer Gebrauch gemacht wurde, erst dann kam es vielen Händlern zum Bewußtsein, daß die Zeit vaterländischer Not und Gefahr nicht dazu mißbraucht werden darf, sich an den eigenen Volksgenossen zu bereichern.

Die Leitung der christlichen Gewerkschaften hat vom Beginn der Kriegsmühen an der Frage der Lebensmittelpreisbewegung besondere Aufmerksamkeit geschenkt und die Interessen der Konsumenten energisch vertreten. In einer öffentlichen Kundgebung vom 1. August hat der Vorstand des Gesamtverbandes gegen gewissenlose Preistreiber einen Protest erhoben und die zuständigen Behörden zum Einschreiten aufgefordert. Gleichzeitig wurden die Ortskartelle öffentlich sowie durch Rundschreiben angewiesen, an den einzelnen Orten im gleichen Sinne an die Behörden heranzutreten, was auch an vielen Stellen mit Erfolg geschehen ist. Außerdem ist durch das Generalsekretariat und uns nahestehende Arbeiterabgeordnete eine

Eingabe an das Handelsministerium

gemacht worden, mit dem Ersuchen, die behördliche Festsetzung von Höchstpreisen nicht auf den Kleinhandel zu beschränken, sondern auch auf den Großhandel auszudehnen, weil sonst die letztere Maßnahme in manchen Fällen wirkungslos bleiben müßte. Einige Tage nach dieser Eingabe ist dann auch von der Regierung bekannt gemacht worden, daß die gesetzlichen Bestimmungen betreffs Höchstpreise auch für den Großhandel zur Anwendung gebracht werden können.

Um über die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt während des ersten Kriegsmonates eine Uebersicht zu gewinnen, hat das Generalsekretariat eine Umfrage bei den Ortskartellen veranstaltet. Der dafür benötigte Fragebogen beschränkte sich auf die wichtigsten Massenbedarfsartikel, wie Salz, Mehl, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Brot und Fleischwaren; ferner auf die zwei Fragen: Wie standen die Preise vor der Mobilmachung und wie standen sie im letzten Drittel des Monats August? Beim Ergebnis der Umfrage scheiden mithin die wilden Preistreiberen während der ersten Kriegstage aus. Dennoch zeigen die gemachten Angaben in ihrem Unterschied vom Ende Juli und Ende August: fast auf der ganzen Linie eine ganz erhebliche Preissteigerung für alle Nahrungsmittel, die für die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung unentbehrlich sind.

Eingelassen sind im Ganzen 148 ausgefüllte Fragebogen und zwar aus allen Teilen des Reichsgebietes. Die einzelnen Angaben können und sollen auf Vollständigkeit und Genauigkeit keinen Anspruch erheben, immerhin bietet das Gesamtergebnis aber wertvolle Anhaltspunkte für die Preisbewegung und damit auch für die Gestaltung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen.

Wenn man die eingegangenen Fragebogen durchsieht und die Preisveränderungen für die einzelnen Lebensmittel prüft, so ergibt sich zunächst, daß auf der ganzen Linie die

Mehl- und Brotpreise

bedeutend gestiegen sind. Fast durchweg beträgt die Erhöhung 20 bis 25 Prozent, selten weniger, häufiger aber noch mehr. So stieg beispielsweise der Preis für 1 Pfund Weizenmehl in Lütgendortmund von 18 auf 25 Pfg., Münster i. W. von 17 auf 25, Königsberg von 17—20, auf 27—30, Dresden von 22 auf 28, Schneidemühl von 18 auf 25, Gnesen von 18 auf 23, Offenbach von 20 auf 26, Recklinghausen von 18 auf 23, Danzig von 18 auf 24, Mannheim und Uerdingen von 19 auf 25, Kiel von 20 auf 27, Amern St. Anton von 18 auf 25, St. Lönis von 17 auf

26, Hannover-Linden von 18 auf 25, M.-Glabbach von 19 auf 25, Bocholt von 16 auf 23, Neckarjülm von 20 auf 26, Posen von 18 auf 25 usw. Es liegen nur ganz vereinzelte Meldungen vor, daß der Weizenmehlpriß gar nicht oder nur um einige Pfennige gestiegen sei.

Entsprechend den Mehlprißerhöhungen sind natürlich auch die Brotpreise in die Höhe gegangen; bezeichnender Weise aber nicht nur für Backwaren aus Weizenmehl, sondern auch, wenn auch nicht im gleichen Maße, für Roggenbrot. Begierter ist um so weniger gerechtfertigt, da wir bekanntlich in unserer heimischen Produktion Ueberfluß an Roggengestecke haben. Laut Angaben auf den Fragebogen war der Brotpriß in dem Zeitraum von Ende Juli bis Ende August gestiegen in Kiel um 25 bis 33 Prozent, Amern St. Anton 25, Oberhausen 20 bis 35, Lippstadt bis 25, Gronau 25 bis 30, Remscheid bis 30, Neheim bis 39, Berlin bis 35, Werbohl 20 bis 32, Breslau 20 bis 24, Magdeburg 20 bis 25, Düsseldorf bis 25, Dresden 15 bis 25, Schneidemühl bis 30, Fulda 20 bis 40, Graubenz 40 bis 50, Pirmasens 17 bis 30, Kolmar 30 bis 35 Prozent usw. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Preissteigerung für das notwendigste Volksnahrungsmittel angesichts des fast allgemein verringerten Einkommens von den bedenklichsten Folgen begleitet sein muß. Erstreckt sich diese Preissteigerung auf die Staats- und Gemeindebehörden denn auch gerade in der Brotverorgungsfrage energisch eingegriffen. Eine Anzahl Städte haben Masseneinkäufe von Mehl getätigt und dieses zu angemessenen Preisen den Konsumenten oder Bäckern überlassen.

Die bayerische Staatsregierung

hat auf den Großhandel mit Entschiedenheit und Erfolg eingewirkt, u. a. nachstehenden Erlaß veröffentlicht:

„Ueber die Preisbildung verschiedener Nahrungsmittel, besonders des Mehls, im Großhandel sind vielfach Klagen laut geworden. So wurde verlässig berichtet, daß einzelne Großmühlen den Mehlpriß von 32 Mark auf 43 Mark und darüber gesteigert haben, obwohl sie noch mit Vorräten aus der Zeit vor der Kriegserklärung versehen waren. Solche Preistreiberen konnten schon in der ersten Zeit nach der Mobilmachung nicht entschuldigt werden, obwohl nicht zu verkennen ist, daß infolge der Verkehrsbeschränkungen für die Mühlen und den Großhandel damals außergewöhnliche Schwierigkeiten und erhöhte Kosten entstanden. Nach Eintritt der Verkehrs- erleichterungen und nach der inzwischen erfolgten Beruhigung der Getreidemärkte können derartige Ausschreitungen, die auf eine Ausbeutung der Bevölkerung hinauslaufen, unter keinen Umständen gebuldet werden. Wenn deshalb der Großhandel und die Mühlen nicht sofort zu angemessenen Preisen zurückkehren, werden zum Schutze des Kleinhandels und der Verbraucher vor Uebersteuerung Höchstpreise für den Großhandel festgesetzt werden. Nach dem Gesetz über die Höchstpreise kann die Behörde die Vorräte übernehmen und zu den festgesetzten Höchstpreisen auf Rechnung und Kosten des Besitzers verkaufen, wenn dieser sich weigert, zu den Höchstpreisen zu verkaufen. Für die Festsetzung der Höchstpreise ist nur die wirkliche Marktlage bestimmend, auf die vorangegangenen Preistreiberen wird keine Rücksicht genommen werden.“

Uns scheint, daß man auch an manchen anderen Stellen Veranlassung gehabt hätte, in dieser Weise dem Lebensmittelwucher noch nachdrücklicher entgegen zu treten. In dankenswerter Deutlichkeit ist dies beispielsweise vom stellvertretenden

Generalkommando des VII. Armeekorps

geschehen, wie folgendes Schreiben an einen Mehlgroßhändler erkennen läßt:

„Nach einer mir vorliegenden Rechnung haben Sie für einen Doppelzentner Weizenmehl 42 Mark und für den Doppelzentner Roggenmehl 36 Mark gefordert, während hier die entsprechenden Preise der Müller 37 Mark und 32 Mark betragen.“

Da Sie sich dadurch einer unberechtigten Ausbeutung der Bevölkerung schuldig gemacht haben, so erteile ich Ihnen hiermit eine Verwarnung. Im Wiederholungsfalle werde ich in Erwägung ziehen müssen, Ihre Bestände mit Beschlag zu belegen und Ihren Betrieb in militärische Verwaltung zu übernehmen.

Srhr. von Bülling.“

Man darf fest davon überzeugt sein, daß eine solche deutliche Sprache ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Und es ist auch jetzt noch Zeit, es liegt noch beständig genügende Ursache dafür vor, daß die Behörden auf eine Herabsetzung der Preise hinwirken. Das ist besonders angebracht und berechtigt, nachdem durch die todesmutige Tapferkeit unserer Streitmacht der Kriegsschauplatz in Feindesland getragen ist und die Gefahr einer feindlichen Invasion als beseitigt gelten kann.

Eine ähnliche Preisbewegung wie bei Mehl und Brot zeigt sich leider auch bei den tierischen Produkten, bei

Fleischwaren, Fett usw.

Aus einer Anzahl von Orten wird auch eine Erhöhung der Milchpreise gemeldet. Rindfleisch ist in den meisten Orten

5, 10, 15 Pfg., hier und da noch mehr gestiegen. Eine Anzahl von Fragebogen kann aber auch ein Gleichbleiben der Preise berichten, einige ländliche Gegenden an der holländischen Grenze teilen sogar eine Herabsetzung der Preise mit. Leider sind dies nur die bekannten Ausnahmen, denen auch andere mit enormen Steigerungen entgegen stehen. So z. B. Königsberg mit einer Erhöhung von 85 auf 110 bis 120 Pfg., Neuß von 90 auf 110 Pfg.

Schlimmer wie bei Rindfleisch sind die Preissteigerungen bei

Schweinefleisch,

besonders bei Speck. Obwohl die Viehpreise im allgemeinen nicht angezogen, haben die Metzger aber die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um die Konsumenten erneut zu schröpfen. Die großen Masseneinkäufe der Heeresverwaltung bot ihnen die äußere Handhabe für diese sachlich absolut nicht zu rechtfertigende Maßnahme. Ein Schulbeispiel für die Taktik der „patriotischen“ Metzgerkunst bot ein Vorgang in Köln. Hier veröffentlichte die Schweinemehrgewinnung eine Erklärung, worin eine Erhöhung der Preise durch die Kriegslage als naturgemäß bezeichnet wurde. Daraufhin hat die königliche Regierung eine Gegenerklärung veröffentlicht, worin festgestellt wurde, daß die Angaben der Metzger vollständig haltlos waren, daß die Marktpreise für Schweine in den Tagen vorher mit 45—55 Mark für 100 Pfund Schlachtgewicht, einen Tiefstand erreichten, den sie jetzt schon nicht mehr gehabt haben. Leider hat diese moralische Züchtigung aber nicht erreicht, daß die Preise wieder herabgesetzt wurden. Der Polizeipräsident hat später dann verfügt, daß jeder Metzger ein Preisverzeichnis öffentlich an seinem Laden auszuhängen hat. Dessen wird aber alles nichts, bis die Behörde festgesetzt werden. In Aachen ist dies inzwischen schon geschehen.

Mit Rücksicht auf den Raum können die Preissteigerungen für Fleischwaren nicht im einzelnen angeführt werden, nur einige Orte seien herausgegriffen.

Der Preis für Schweinefleisch

stieg pro Pfund in Breslau von 70 auf 90—100 Pfg., Königsberg von 80 auf 100, Speyer von 70 auf 86, Neunkirchen a. d. Saar von 70 auf 90, Neuß von 100 auf 130, Ingolstadt von 76 auf 90—100, Ravensburg von 75—80 auf 90 Pfg. Zahlreich sind die Orte, von denen eine Steigerung um 10 Pfg. gemeldet wird, während die Orte schnell zu zählen sind, wo keine Erhöhung eingetreten ist.

Im Durchschnitt beträchtlich höher sind die Preissteigerungen für Speck, worüber fast einheitlich berichtet wird. Genannt seien: Lippstadt von 85 auf 100 Pfg., Remscheid von 70 auf 90, Barmen von 90 auf 110, Herne, Neunkirchen, Hirschbach a. d. Saar, Neuß und Berlin von 80 auf 100, Bromberg und Kiel von 60 auf 80, Graubenz von 100 auf 115, Elschweiler von 85 auf 100 Pfg. usw. Auch bei Speck sind die Steigerungen um 10 Pfg. am zahlreichsten gemeldet. Diese Erhöhungen sind doppelt ungerechtfertigt, weil die Viehpreise diese Steigerungen nicht begründen und die Metzger ferner durch die Armeeeinkäufe mit ihren Speckbeständen austräumen konnten. Es ist meist schrankenlose Profitgier, die dem vaterländischen Empfinden, besonders in dieser schweren Zeit, ins Gesicht schlägt.

Außer den angeführten Nahrungsmitteln sind auch die

Kartoffeln

beim Kriegsausbruch ganz enorm im Preis gesteigert worden, trotz reichlicher Ernte und Ueberfluß. Gegen Ende August waren viele Preise noch nicht wieder auf den alten Stand vor der Mobilmachung zurückgegangen, obwohl inzwischen auch die Spätkartoffeln auf den Markt kamen. Inzwischen sind die Kartoffelpreise aber weiter am nachlassen. Wenn die Produzenten und Händler aber nicht bald überall zu normalen Preisen zurückkehren, werden die Behörden noch einen weiteren Druck ausüben müssen, um diese Nahrung der armen Leute auf eine entsprechende Preislage zu bringen.

Ganz erhebliche Steigerungen werden von allen Seiten für

Hülsenfrüchte

Bohnen, Erbsen, Linjen, berichtet. Am höchsten schneitten die Preise in den Grenzgebieten empor; eine Erhöhung, die auch durchweg bei den anderen Waren zu beobachten ist. Erbsen stiegen pro Pfund im Preis: Essen von 18 auf 24 Pfg., Quiterheid (Saar) von 25 auf 35, Neuß a. d. H. von 12 auf 26, Düsseldorf von 18 auf 25, Posen von 15 auf 20, Königsberg von 20 auf 30, Offenbach a. M. von 24 auf 35, München von 25 auf 35, Neunkirchen (Saar) von 35 auf 50 usw. Uehnliche Erhöhungen werden für Linjen berichtet, die bekanntlich zum größten Teil aus Rußland eingeführt werden. Nicht so hoch, aber immer noch sehr fühlbar sind die Preissteigerungen für Bohnen.

Bei Waren, die aus dem Ausland eingeführt werden müssen, läßt sich eine Preissteigerung wohl verstehen, weil die Transportkosten durch die Kriegslage schwieriger und kostspieliger werden und die Zufuhr vielfach ganz unterbunden ist. Bei Produkten, die im Inland hergestellt werden

fällt das aber fort. So kann auch die erfolgte Steigerung der

Salzpreise

keineswegs gerechtfertigt werden. Prozentual gerechnet liegen hier ganz erhebliche Aufschläge vor. Steigerungen von 10 auf 11 und 12 Pfg. pro Pfund werden aus den meisten Städten berichtet. Von 10 auf 13 Pfg. stieg der Salzpreis in Koblenz, Eiblar, Neheim, Küngenborn, Aachen, Graubenz, Wulfen usw. In Berlin von 11 auf 16 Pfg., Dresden von 11 auf 14, Schnellmühl von 11 auf 20, Erlangen von 11 auf 15 Pfg. Von 10 auf 15, also um rund 50 Prozent, in Recklinghausen, M.-Glabach, Kevelaer, Neustadt a. H., Düsselhof, Posen, Neumünster, Königsberg, Danzig, Dinklage, Schönlanke, Birnbaum, Kolmar usw. Hier hätten die Behörden fester zugreifen müssen, denn da liegt ganz offensichtlich Lebensmittelmangel vor.

Das Gesamtergebnis der veranstalteten Umfrage läßt sich dahin zusammenfassen, daß — abgesehen von den maßlosen Preistreibereien in den ersten Mobilmachungstagen — die Lebenshaltung der breiten Volksmassen sich im Laufe des ersten Kriegsmonats um etwa 15 bis 20 Prozent verteuert hat. Das fällt doppelt schwer ins Gewicht zu einer Zeit, wo das Einkommen der Arbeiter durch verkürzte Arbeitszeit und große Arbeitslosigkeit bedeutend verringert ist. Daher ist es eine hochwichtige Aufgabe unserer Arbeiterorganisationen, auf diese Zustände hinzuweisen und auf Erleichterungen hinzuwirken. Ferner haben uns die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt anlässlich des Krieges erneut die große Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe zum Bewußtsein bringen können. Zahlreiche Fragebogen der vorerwähnten Umfrage tragen den Vermerk, daß die bestehenden Konsumvereine stabilere Preise gehalten und sich als Preisregulator durchaus bewährt hätten. Neben der Aufrechterhaltung und dem späteren weiteren Ausbau unserer Berufsorganisationen wird der Konsumgenossenschaftsbewegung in Zukunft noch größere Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Eine wichtige Aufgabe

Mit Staunen und Bewunderung folgen wir den heldenmütigen und lobesverdienenden Leistungen unserer tapferen Armern. In dieses erhabende Bild brachten trübe Flecken diejenigen, welche die allgemeine Not der Zeit zum Profitmachen benutzten, sie wurden verdienstlos an den Pranger gestellt.

In erhebender Weise haben von unseren zurückgebliebenen Verbandsmitgliedern sich sehr viele in geradezu vorbildlicher Weise um die Aufrechterhaltung der Organisation verdient gemacht. Lobend sei anerkannt, daß sie dabei volle Unterstützung sehr vieler Mitglieder fanden. Dieses gleichfalls erhebende Bild wurde aber auch getrübt, durch einzelne, die bezüglich der Beitragszahlung Schwierigkeiten machten. Diese Kollegen mögen nachstehende Zeilen ganz besonders beachten, beherzigen und danach handeln, die ihnen Kollege P. D. rät. Der Kollege schreibt uns:

„In der gegenwärtigen Zeit muß jeder Kollege ganz besonders darauf bedacht sein, die Organisation finanziell leistungsfähig zu erhalten. Während die öffentliche Liebeshätigkeit ihre Mittel aus mehr oder weniger reichen Spenden bezieht, legen sich die Einnahmen unserer Organisation aus den Beiträgen der Mitglieder zusammen. Die Einkassierung dieser Beiträge geht in normalen Zeiten meistens glatt von statten, nicht so jetzt.

Der Krieg hat das Wirtschaftsleben gelähmt. Vielfach ist der Beschäftigungsgrad zurückgegangen. Zehntausende Metallarbeiter sind gänzlich arbeitslos. Eine erhebliche Zahl unserer Berufskollegen ist nur einige Tage in der Woche beschäftigt, und wenn unter solchen Umständen die Beitragszahlung zurückgeht, dann ist das schließlich verständlich. Es ist aber doch die Frage aufzuwerfen, ob nicht mehr Beiträge eingezogen könnten. Bei Durchsicht der Abrechnung wird jeder Ortsgruppenvorstand herausfinden, daß besonders solche Mitglieder, die nur 3—4 Tage in der Woche arbeiten, die Beiträge nicht mit der gewohnten Pünktlichkeit entrichten. Unser Hauptvorstand hat angeordnet, daß nur solche Kollegen von Beitragszahlung befreit werden können, die weniger wie 3 Tage in der Woche beschäftigt sind. Daraus folgt, daß für alle Mitglieder, die drei und mehr Tage

in der Woche Beschäftigung haben, die Pflicht der Beitragszahlung besteht.

In der gegenwärtigen Lage muß noch mehr als sonst auf eine pünktliche Beitragszahlung aller Mitglieder Wert gelegt werden. Bei der großen Zahl von Kollegen, die nur teilweise beschäftigt sind, würde eine Vernachlässigung dieser Pflicht eine bedeutende Mindereinnahme zur Folge haben. Gerade in der jetzigen Zeit, in welcher die Organisation sehr großen Unterstützungsansprüchen genügen muß, brauchen wir jeden Wochenbeitrag. Erst recht kann unser Verband nicht auf diese großen Summen verzichten, die sich aus den Beiträgen der teilweise beschäftigten Kollegen ergeben.

Das Los der Kollegen, die viel unter Ausbleiben leiden müssen, ist gewiß nicht beneidenswert. Diese Kollegen werden aber zugeben, daß die gänzlich Arbeitslosen noch schlechter gestellt sind, wie sie. Und Niemand ist vor vollständiger Arbeitslosigkeit sicher. Die Organisation kann nur in dem Maße die arbeitslosen Mitglieder unterstützen, als Geld vorhanden ist. Wenn die teilweise arbeitslosen Mitglieder die Beiträge nicht pünktlich entrichten, dann entziehen sie dem Verbande die Mittel, mit denen sie selber im Falle gänzlicher Arbeitslosigkeit unterstützt werden sollen. Die Unterstützung beziehenden arbeitslosen Kollegen bezahlen den Wochenbeitrag. Solche Kollegen, die 3—4 Tage in der Woche beschäftigt sind, erhalten an Lohn aber das Doppelte bis Dreifache der Unterstützungssumme. Es ist ihnen deshalb leichter den Beitrag zu entrichten, wie dem gänzlich Arbeitslosen. Bei einem guten und auskömmlichen Verdienst, allen Verpflichtungen gegenüber der Organisation nachzukommen, ist keine Kunst. Ein Kollege, der jetzt insofern geringeren Verdienstes seiner Beitragspflicht nicht nachkommt, ist mit einem Krieger auf einer Stufe zu stellen, der sich wegen einer kleinen Schramme von der Gefechtslinie entfernt. Für jedes Mitglied muß die pünktliche Bezahlung der Beiträge Ehren- und Gewissenssache sein.

Auch die Ortsgruppenvorstände können zur regelmäßigen Beitragsentrichtung sehr viel beitragen. Jeder Vorstand verschaffe sich sofort einen genauen Einblick in die Beitragsleistung der Mitglieder. Alle Kollegen die ohne triftigen Grund reistieren, müssen in entsprechender Weise aufgeklärt werden. Am wirksamsten wird die mündliche Bearbeitung durch die Vorstandsmitglieder sein. In den meisten Gruppen bestehen Kommissionen zur Eindämmung der Fluktuation. Diese Einrichtung können wir auch in der Kriegszeit gut brauchen. Die Kommission kann neben der Einwirkung auf die Ausgetretenen, die Aufklärung der reistierenden Mitglieder mitübernehmen. Kein Vorstand darf vor der notwendigen Arbeit zurückschrecken.

Augenblicklich sind die Aussichten für die Gewinnung neuer Mitglieder nicht allzu günstig. Deswegen sollte der Schwerpunkt unserer Arbeit darauf gerichtet werden, die peinliche Ordnung in die Beitragszahlung hineinzubringen. Es ist keine große Kunst im Frieden bei einer Gruppe auf dem Kasernenhof die Disziplin aufrechtzuerhalten. Schwieriger ist es, auf dem Schlachtfeld die Manneszucht zu bewahren. Das Gleiche gilt auch für die gewerkschaftliche Organisation. Die Beitragszahlung in der Kriegszeit läßt Schlüsse auf die gewerkschaftliche Schulungsarbeit der vorausgegangenen Jahre zu.

Von dem Eifer, mit dem Mitglieder, Vertrauensmänner und Vorstände auf eine gute Beitragsleistung hinarbeiten, wird es abhängen, wie unser christlicher Metallarbeiterverband die gegenwärtige Kriegszeit übersteht.“ P. D.

Arbeitslosenfürsorge in Dortmund

Die Dortmunder Stadtverwaltung berief Anfang dieses Monats die Vertreter der Gewerkschaften, die Vertreter der Großindustrie und des Handwerks, sowie der Dortmunder Arbeitsnachweise zur Besprechung der Arbeitslosenfrage zu einer Sitzung. Veranlassung hierzu bot die im weitesten Umfange bestehende Arbeitslosigkeit. Insbesondere liegt das Baugewerbe darnieder, wobei auch die Gewerbe der Wäschflößer, Klempner, Installateure, Elektromonteur usw. stark in Mitleidenchaft gefasst werden.

Zur Verhütung der Arbeitslosigkeit versprach der Herr Oberbürgermeister, daß von der Stadt, soweit es die zur Verfügung stehenden Mittel nur einigermaßen erlauben, sämtliche vorgezeichneten Arbeiten ausgeführt werden sollen. Die Arbeitgeber sollen Arbeiterentlassungen unter allen Umständen vermeiden. Um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, sollen

die Werke dazu übergehen, die Arbeitszeit zu verkürzen, um Neueinstellungen vornehmen zu können. Unser Vertreter wies darauf hin, daß besonders die Firmen, die mit Kriegsaufträgen versehen sind, in mehreren Schichten arbeiten lassen sollten, statt die vorhandenen Arbeiter zu Überstunden und Sonntagsarbeit heranzuziehen.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wurden folgende Anregungen gegeben: Es sei erwünscht, die bestehenden Arbeitsnachweise im städtischen Arbeitsnachweis zu zentralisieren und die übrigen aufzuheben. Die Vertreter der freien Gewerkschaften erklärten, ihren neugegründeten Zentralarbeitsnachweis nicht aufheben zu können, da derselbe ihren Mitgliedern gelegener sei. Es wurde jedoch zahlenmäßig nachgewiesen, daß ihr Arbeitsnachweis von den eigenen Mitgliedern fast gar nicht benutzt wird. In einer späteren Sitzung erklärten sich die christlichen Gewerkschaften bereit, ihre Arbeitsnachweise zugunsten des städtischen für die Dauer der Kriegszeit aufzuheben, wenn auch die freien Gewerkschaften und die Arbeitgeber ihre Arbeitsnachweise aufheben.

Von auswärts ist starker Zuzug von Arbeitslosen zu beobachten. Es soll deshalb in der auswärtigen Presse darauf hingewiesen werden, daß hier keine Aussicht auf Arbeit für Zugereifte besteht. Bei Neueinstellungen werden in erster Linie Verheiratete und solche, die schon ein Jahr in Dortmund wohnen, bevorzugt.

Seit der Mobilmachung war zu beobachten, daß sich freiwillige Hilfskräfte unentgeltlich besonders bei den Behörden anboten. Für die ersten Tage der Mobilmachung war dies noch zu verstehen. Seitens der Stadt wird aber jetzt darauf hingearbeitet, daß unentgeltliche Beschäftigung hemntelster Kreise zurückgewiesen wird und sämtliche Arbeitsgelegenheiten den Arbeitslosen reserviert werden.

Eine heikle Debatte entspann sich aus der Anregung, die Arbeiter möchten, um den Unternehmern das Erhalten von Aufträgen zu erleichtern, bescheidener im Lohn werden. Selbstverständlich erfolgte hier durch die Gewerkschaftsbeamten entschiedener Widerspruch. Die Tariflöhne müssen unter allen Umständen festgehalten werden. Inzwischen haben ja mehrere Arbeitgeberverbände zu dieser Frage Stellung genommen und sich erfreulicherweise ebenfalls auf den Standpunkt der Gewerkschaften gestellt.

Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters kommen für die Unterstützung der Arbeitslosen drei Faktoren in Betracht: die Armenverwaltung, die Arbeitgeber und die Arbeiterorganisationen. Wie die Feststellungen ergaben, ist von den Arbeitgebern eine materielle Unterstützung der Arbeitslosen nicht zu erwarten. Als eigenartigerweise ein Angehöriger der freien Gewerkschaften die Unterstützungen der Gewerkschaften als geringfügig hinstellte, nahm der Herr Oberbürgermeister hierzu einen anderen Standpunkt ein. Er erklärte: „Wenn die Gewerkschaften die Arbeitslosen mit wöchentlich 6 Mark (im christlichen Metallarbeiterverband sogar bis zu 10 Mark. D. W.) unterstützen, so ist dies eine außerordentliche Leistung, die auch vom vaterländischen Standpunkt aus nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Den Gewerkschaften gebühre hierfür alle Anerkennung.“

Auch hier spielte die Frage eine Rolle, ob die Unterstützung der Gewerkschaften bei einer eventuellen Armenunterstützung in Anrechnung gebracht werden soll, damit nicht ein Arbeitsloser mehr Unterstützung erhält als der andere. Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten dies entschieden ab. Die Armenverwaltung hätte schon an und für sich einen Vorteil davon, weil sich erfahrungsgemäß gewerkschaftlich organisierter Arbeiter nicht schon in den ersten Tagen an die Armenverwaltung wenden, sondern erst nach Wochen und Monaten, wenn die Not aufs höchste gestiegen ist, im Gegensatz zu den unorganisierten Arbeitern. Der Herr Oberbürgermeister erklärte denn auch, er könne den Standpunkt der Gewerkschaftsbeamten verstehen, und sagte wörtlich: „Die Gewerkschaft sei für die Mitglieder eine Sparkasse gewesen, in der sie in guten Zeiten ihre Beiträge gezahlt hätten, und die Mitglieder fänden heute darin einen besonderen Rückhalt.“

Diese Ausführungen sind eine treffende Anerkennung der Gewerkschaftsarbeit. Mögen dieselben auch den vielen Unorganisierten für die Zukunft die Augen öffnen.

Wenn die auf der Konferenz gegebenen Anregungen bei allen Interessenten die nötige Würdigung finden und zur Durchführung gebracht werden, dann dürfte sich die Arbeitslosigkeit in Dortmund während der nächsten Monate in mäßigen Grenzen bewegen.

Die Bedeutung der

Eisenbahnen im Kriege

Schon in den Anfängen des Eisenbahnwesens war es allen Einsichtigen klar, daß man mit der Einführung der Eisenbahn einen großen Schritt vorwärts gemacht hätte in der modernen Kriegsführung. Die Massenheere der napoleonischen Zeit hatten bewußt gezeigt, daß Landstraßen zu ihrem Transport nicht mehr genügen und daß schon ein bedeutender Verlust an Truppen zu verzeichnen war, ehe man an den Bestimmungsort anlangte. Ein typisches Beispiel dafür ist der Selbstzug Napoleons gegen Rußland im Jahre 1812. Infolge der mangelhaften Verkehrsverhältnisse, und der geringen Straßenweite in Rußland verlor Napoleon allein auf dem Marsche von Preußen bis Moskau über 200 000 Mann. Mit annähernd 400 000 Mann brach Napoleon von Polen auf und in der Schlacht bei Smolensk vor Moskau fanden ihm nur noch 150 000 Mann dienstfähiger Truppen zur Verfügung. Der Aufmarsch allein hatte also schon über die Hälfte seiner Armees verloren. Auch die Befreiungskriege zeigten trotz der großen Marschleistungen, die geordert wurden, eine langsame Zusammenziehung der Truppen. Dessen Uebelstand konnte einzig ein gut ausgebauter Eisenbahnbau abhelfen. Die leitenden Staatsmänner erkannten auch sofort den großen Wert der Eisenbahn und sorgten für ihren weitestgehenden Ausbau. Die Kriege 1866 und 1870 gaben ihnen vollen recht. Trotzdem besteht aber die Meinung beim größten Teile des Volkes, bei der Betrachtung kriegerischer Ereignisse nur die eine militärische Seite zu beachten, die Bewegung der Truppen und die Zusammenstöße mit dem feindlichen Heere zu erörtern, dagegen das, was hinter der Front sich abspielt, als unwichtig anzusehen. Gegen diese vielfach verortete Meinung wendet sich als Sachmann der General der Infanterie z. D. a. Bejeler, der unter dem Titel „Krieg und modernes Verkehrswesen“ in den preussischen Sachbüchern einen Aufsatz veröffentlicht hat. Er führt u. a. aus:

Ein heutiger Krieg muß alsbald nach der Mobilmachung zu einem Zusammenstoß und Kampf großer Massen führen. Weil es sich dabei um die Beförderung geradezu ungeheurer Massen von Menschen mit allem, was zu ihnen gehört handelt, und weil dabei die größte Schnelligkeit geboten ist,

können die Transporte bei Beginn des Krieges nur mit den Eisenbahnen stattfinden. Dessen erste Aufgabe besteht darin, daß sie den Gruppen des stehenden Heeres die Ergänzung ihres Bestandes zuführen und die für Reserve, Ersatz und Besatzungstruppen an den voraus bezeichneten Plätzen versammeln. Bei diesen Transporten zeigt sich die Güte der Vorbereitungen, die im Frieden von der Eisenbahnverwaltung, dem Generalstab und den Linien-Kommandanturen geleistet worden ist, nicht weniger, aber auch, was hier hinzugefügt sei, die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen, die die Eisenbahnverwaltungen für die Kriegstransporte getroffen haben. Nur die Mobilmachung der vorderen Staffeln des Feldheeres ist ohne den Eisenbahnaufmarsch. Mit Beginn dieser Bewegung steht das gesamte Eisenbahnnetz des Landes der Heeresleitung zur Verfügung, sonstige Transporte sind nur zulässig, soweit es die militärische Ausnahme, die die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen aufs äußerste anspannt, gestattet. Nur so ist es möglich, die Massentransporte des Aufmarsches zu bewältigen. Nach den Erfahrungen der ersten Kriege, in denen die Eisenbahnen eine Rolle spielten, namentlich desjenigen von 1866, ist bis 1870 ein System, eine Wichtigkeit der großen Truppentransporte entwickelt worden, die sich im Feldzug gegen Frankreich bewährt hat und heute noch maßgebend ist. Unter den Generalstabsoffizieren, die sich in dieser Beziehung besondere Verdienste erworben haben, ist an erster Stelle der General v. Brandenstein zu nennen. Während 1866 auf eingleisigen Bahnen täglich 8, auf zweigleisigen 12 Züge, 1870 deren 12 und 18 befördert werden konnten, sind die neuesten Militärfahrpläne so aufgestellt, daß bei eingleisigen Bahnen täglich im Durchschnitt 15, bei zweigleisigen 30 Züge verkehren. Durch die geringe Geschwindigkeit der Militärzüge und die Einseitigkeit des Zuges in der Rücksicht, von denen einer frei bleibt, um Störungen ausgleichen zu können, ist die Sicherheit des Betriebes auch bei diesen Massentransporten gewährleistet.

Auf Grund des Militärfahrplans wird der Truppenbeförderungsplan entworfen und die Fahr- und Marschpläne, die die Truppen auf die Züge verteilen, aufgestellt. Die einzelnen Verbände werden zuerst, und zwar in der Unterordnung, wie sie für die Durchführung der militärischen Unternehmungen nötig ist, befördert, auf sie folgen die Munitionskolonnen und die Trains. Was dabei zu leisten ist,

wird ohne weiteres klar, wenn man bedenkt, daß ein einziges Armeekorps mit 6 Bepflegungszielen, aber noch ohne Maschinengewehrabteilungen und schwere Artillerie, 118 Züge von einer Stärke von 110 Wägen erfordert, daß das mobilisierte Friedensheer aus 25 Armeekorps besteht, denen noch eine ansehnliche Zahl von Reserveabteilungen, Belagerungsformationen u. dergl. angehören, und daß die Kavallerie in großer Menge vor diesen Transporten befördert werden muß.

Der Aufmarsch ist die größte, aber nicht die letzte Leistung der Eisenbahnen im Kriege. Bei den Operationen wird z. B. ein Krieg nach zwei Fronten, wie ihn die Deisterreicher 1866 führen mußten, Gelegenheit zu ausgiebiger Benutzung der Eisenbahn geben; auch bei einem Rückzug kann ihre Verwendung u. U. wertvoll sein. Im Gefecht können sie nur selten ausgenutzt werden, weil der Transport mit der Eisenbahn für kurze Entfernungen zu zeitraubend ist. Die wesentliche Bedeutung der Eisenbahnen nach Beendigung des Aufmarsches liegt aber in ihrer Verwendung als Hauptstraßen der rückwärtigen Verbindungen.

Bei der Größe der heutigen Heere ist eine Verpflegung „aus dem Lande“ auch nur auf Tage nicht mehr möglich. Alles muß daher auf Nachschub eingerichtet sein; die Nachführung von Mannschaften und Verpflegungsmitteln sowie Munition, die Abführung der Kranken, Verwundeten und Gefangenen fällt den Eisenbahnen, und zwar sowohl denjenigen der Heimat, als auch beim Vordringen des Heeres in Feindesland denjenigen des letzteren zu. Hierbei werden kaum Schwierigkeiten auftreten, diese bleiben vielmehr der Verteilung der mit der Eisenbahn ankommenden Güter und Menschen vorbehalten.“

Hieraus erkennen wir zur Genüge, welche ungeheure Bedeutung dem Eisenbahnwesen zur Zeit des Krieges zukommt. Von ihrer Arbeit hängt zum nicht geringen Teil das Gelingen eines Feldzuges ab. Mit welcher Pünktlichkeit und Genauigkeit unsere Eisenbahn den großen Anforderungen der Mobilmachungstage genügen war, haben wir alle gesehen. In den Lokomotiv- und Waggonfabriken selbst herrscht jetzt rege Arbeit. Unsere Kollegen, die in diesen Werken noch beschäftigt sind, müssen die steigende Konjunktur ausnützen, um mit allen Kräften für den Verband zu wirken und trotz der kürzeren Zeit neue Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Nur dann kann ihre Arbeit von Erfolg gekrönt sein.

Die Beleuchtung der „freiwilligen“ Kriegsabgaben

Eine große Anzahl von Werken, die während der Kriegszeit für den Heeresbedarf arbeiten und deshalb voll beschäftigt sind, erheben von ihren Arbeitern 2, 3 bis 5 Prozent des Lohnes zur Unterstützung der Familienangehörigen der ins Feld gezogenen Arbeiter des Werkes.

Durch Anschlag wurde nun bekannt gegeben, daß während des Krieges die Arbeiter 5 Prozent ihres Lohnes als „freiwillige“ Abgabe für oben genannten Zweck hergeben sollten.

Und wenn die Arbeiterschaft des Werkes dazu bereit sei, dann wolle die Firma denselben Betrag für diesen Zweck stiften.

In den Fabrikstatuten desselben Werkes heißt es, „daß Arbeiter einer Abteilung auch Arbeiten in einer anderen Abteilung verrichten müssen, wenn damit kein Lohnausfall verbunden ist“.

Es wird jedem einleuchten, daß von diesen Löhnen, wenn die Beiträge der Pflichtversicherung bezahlt sind, die von der Firma geforderten 5 Prozent kaum aufgebracht werden können.

Erwähnt möge noch werden, daß diese Firma in ihrem Betriebe noch monatliche Löhnung hat. Rechnen wir nur einmal die Zinsen zusammen, die die Firma im Jahre an der vier bis fünf Wochen festgehaltenen Löhnung von zirka 800 Arbeitern erhält, so kommt schon ein erkleckliches Stämmchen heraus, das sie ihrem Gewinnkonto als mühelos erworbener Gewinn zuschreiben kann.

Möge die Arbeiterschaft aus diesen Vorkommnissen die rechten Lehren ziehen und für die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes eintreten.

Besorgt die Krieger mit Tabak und Zigarren

In den Mobilmachungsstagen konnte allenthalben beobachtet werden, mit welcher Aufopferung und Hingabe die Truppen auf dem Durchmarsch durch die deutschen Lande versorgt und mit Liebesgaben versehen wurden.

Beim Einkauf der Tabakfabrikate achtet man aber darauf, daß man nicht alte Ladenhüter aufgedrängt bekommt, sondern wende sich an bekannte, vertrauenswürdige Lieferanten.

Die Hauptmarken der dem Truß angehörigen Firmen sind: Puck, unsere Marine, Jasmagt-Dubec, m. Blatt, Sojo, Sodo, Poi, Lucca, Elmas, Vera, Juno, Eljen, Revue, Spirit, Matrapas, Handicap, Attikah, My Darling, Perona, Sleipner, Mercedes, U B C, Tacos, Adler, Turf, Prinz Heinrich, Doyen.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 20. September, der neununddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. September fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Berlin. Die Lage des hiesigen Arbeitsmarktes ist nach Ausbruch des Krieges schlecht. In den Arbeitsnachweisen stauen sich förmlich die arbeitslosen Massen.

mit sehr reduzierter Arbeiterzahl und vielfach mit verkürzter Arbeitszeit; eine ganze Anzahl Betriebe sind vollständig stillgelegt. In den verschiedenen Abteilungen der U. E. G. wird teilweise wöchentlich nur 15 Stunden gearbeitet.

Viele ältere Arbeiter, die lange Jahre auf einer Stelle tätig gewesen sind, wurden arbeitslos. Es wird ihnen schwer, eine andere Arbeitsstelle zu finden.

Erfreulich ist zu sehen, wie unter dem Druck der Kriegsverhältnisse Kommunal- und Staatsbehörden nach Mittel sinnen, um der Not zu steuern. In erster Linie ist man bestrebt, die Arbeitslosen in Arbeit zu bringen.

Am das Erwerbsleben wieder flott zu machen und die Arbeitslosen in Arbeit zu bringen, wurde zur künstlichen Geldvermehrung, zur Ausgabe der Darlehnskaufschaine, geschritten. Weil aber dadurch das Erwerbsleben nicht allein wieder in geordnete Bahnen kommen kann, sah sich die Stadt Berlin veranlaßt, zur Unterstützung der Arbeitslosen 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Eine Unmenge von Arbeiten und Sitzungen, die die Durchführung dieser Einrichtungen erheischen, sind von den Gewerkschaften zu leisten. Im Interesse des Vaterlandes sowie der Familien der im Felde stehenden Brüder werden diese Arbeiten recht gern verrichtet.

Angesichts der Tatsache, daß ein so großer Teil unserer Brüder zum Kriegsdienst eingezogen und daß der endliche Erfolg des Krieges davon abhängt, daß es uns gelingt, die innere Volkskraft auf der Höhe zu halten, muß alles getan werden; Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Cöln-Mülheim. (Verwaltungsstelle). Aus unserer Verwaltungsstelle sind rund 800 Kollegen dem Ruf des Kaisers zum Kampfe gefolgt. Wir Zurückgebliebenen haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß der Verband über die schwere Zeit hinwegkommt.

Diese Tätigkeit ist äußerst wichtig. Wir sind es den im Felde stehenden Kollegen schuldig, daß sie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in vernünftiger Form wieder antreffen. Hierfür müssen wir alle die zur Verfügung stehenden Kräfte anspannen.

Nachdem nunmehr diese Festungsarbeiten eingestellt worden sind, steigt auch die Zahl der Arbeitslosen wieder ganz erheblich. Die Werke gehen sogar dazu über, die zwangsweise bei der Fortifikation beschäftigten Arbeiter als entlassen zu betrachten.

Was Vorgehen des Herrn Betriebsleiters Schalk in der Siegerei Ihres Werkes zwingt die unterzeichneten Organisationen dazu, die verehrliche Direktion zu ersuchen, diesem Vor-

gehen Einhalt zu bieten, da man doch in der jetzigen Zeit alles tun soll, um gegenseitige Schärpen zu vermeiden.

Herr Schalk legt vollständig neue Preise fest und geht dabei wie folgt vor. Abends nach Feierabend werden die Meister nach der Modellfabrik gerufen, dort steht Herr Schalk die Modelle sowie die Modellliste nach und erklärt kurzerhand, es gibt von jetzt ab nur noch so und soviel für das Modell.

Diese Darlegung wird von sämtlichen Formern bestätigt, und ist von einer Preisvereinbarung zwischen Meister und Formern, wie sie laut Arbeitsordnung vorgesehen ist, und von der Direktion der Firma Humboldt auch mehrmals versprochen wurde, keine Rede mehr.

Die neue Preisliste sei beim Suhezpedienten Linden. In der Kernmacherei sind die Hilfsarbeiter auf unbestimmte Zeit beurlaubt und müssen die Lehrlinge zum Teil die Arbeiten der Hilfsarbeiter ausführen.

Dieses eine kurze Schilderung von den augenblicklichen Verhältnissen in der Siegerei. Einzelheiten führen wir vorläufig nicht an, da wir hoffen, daß die Direktion auch so in der Lage ist, das Vorgehen des Herrn Schalk zu untersuchen.

Die unterzeichneten Organisationen hätten nicht erwartet, daß die Firma Humboldt im Cöln Industriegebiet die erste sein würde, die mit derartigen Maßnahmen gegen ihre Arbeiter vorgeht, und drücken wir die Hoffnung aus, daß das gute Einvernehmen, welches zwischen der Firma und Arbeiter in Friedenszeiten bestanden hat, auch während der Kriegszeit bestehen bleiben möchte.

In der letzten Zeit hat die Direktion den Krankenkassenvorstand zum Büro kommen lassen und ihm mitgeteilt, die Arbeiter müßten jetzt ohne Ueberstundenzuschläge Ueberstunden leisten, wenn es notwendig sein sollte.

Auch in dieser Angelegenheit ist mit der Firma noch nicht das letzte Wort gesprochen. Andere Betriebe, auch größere, wie Gasmotorenfabrik Deutz, von der Typen u. Charlier zahlen eine Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer, die zum Teil aus „freiwilligen“ Sammlungen der Arbeiter bestehen.

Seit dem Eintritt des Kriegszustandes sind die Fleischpreise im Kleinhandel hier in Cöln ganz erheblich gestiegen worden. Sowohl bei Rindfleisch, wie bei Schweinefleisch machen diese Steigerungen 10,20 Pfennig und noch mehr pro Pfund aus.

Wir möchten daher im Interesse der konsumierenden Bevölkerung an das Oberkommando der hiesigen Militärverwaltung den Antrag stellen, gegen den Mißbrauch der Preisstrebereien entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Ferner möchten wir in Anregung bringen, ob es nicht zu ermöglichen sei, daß gleichzeitig mit den Verkaufspreisen im Kleinhandel auch die Einkaufspreise laut dem hiesigen Marktbericht an jedem Metzgergeschäft zum Aushang gebracht werden könnten.

Eine Abschrift dieser Eingabe ist auch dem Herrn Oberbürgermeister zugeföhrt worden. Auch diese Forderungen sind zum größten Teil durchgeführt worden, und haben wie bei den Kolonialwarenhändlern bewirkt, daß eine Preissteigerung vermieden wurde.

Das Vorgehen des Herrn Betriebsleiters Schalk in der Siegerei Ihres Werkes zwingt die unterzeichneten Organisationen dazu, die verehrliche Direktion zu ersuchen, diesem Vor-

gehen Einhalt zu bieten, da man doch in der jetzigen Zeit alles tun soll, um gegenseitige Schärpen zu vermeiden. Herr Schalk legt vollständig neue Preise fest und geht dabei wie folgt vor. Abends nach Feierabend werden die Meister nach der Modellfabrik gerufen, dort steht Herr Schalk die Modelle sowie die Modellliste nach und erklärt kurzerhand, es gibt von jetzt ab nur noch so und soviel für das Modell.

Mobilmachung angenommen wurde. Zwar sind die Betriebe Carlswerk, Gasmotorenfabrik Deub, schlecht beschäftigt. Im allgemeinen geht es jedoch nicht so schlecht in der Industrie.

Hamm (Situationsbericht.) Als unsere Kollegen am 26. Juli zur Generalversammlung zahlreich zusammen waren, dachte wohl noch keiner von ihnen, daß in wenigen Tagen so mancher vom Kollegen-, vom Familienkreise scheiden müßte, um draußen auf blutiger Walfahrt deutsches Recht und deutsche Sitte zu verteidigen gegen böswillige Feinde.

Und bei den hiesigen Großbetrieben, der Westf. Union und der Westf. Draht-Industrie hat der Betrieb eine erhebliche Einschränkung erfahren. Die Kollegen arbeiten dortselbst zu einem großen Teil nur halbe Tage, oder sind aus Mangel an Arbeit in ihrem Berufe zu Auftragsarbeiten mit herangezogen worden.

Zur Besprechung der Lage hatte unsere Ortsverwaltung am Sonntag, den 23. August in Hamm sowohl wie auch in Ahlen zwei Mitgliederversammlungen einberufen, die alle beide gut besucht waren.

In der anschließenden, lebhaften Diskussion klang denn auch ein erfreulicher, dahingehender Wille durch. Auf der anderen Seite wurde darüber Klage geführt, daß die nach Arbeit suchenden Kollegen vielfach so schwebend zurückgewiesen oder aber nach erfolgter Einstellung so brüsk behandelt würden.

Mühlheim (Ruhr). Unter der Kriegslage hat auch unsere hiesige Metallindustrie zu leiden. Einzelne Werke schränken ihren Betrieb stark ein. Die Maschinenfabriken Thyssen u. Co. und Meyer u. Co. halten schon seit längerer Zeit mit schleppendem Geschäftsgang zu rechnen, welcher durch den Krieg noch ungünstiger wurde.

Die beiden Hüttenwerke Thyssen u. Co. und Friedrich Wilhelm-Hütte waren gezwungen, die Nachtarbeit zum Teil einzustellen zu lassen oder sonstige Beschränkungen vorzunehmen.

gelübte und eingearbeitete Leute sind nicht leicht zu ersetzen. Gedacht die Mittel, die angewandt wurden, bezwecken eher das Gegenteil. Wirksam läßt sich die Abwanderung tüchtiger Arbeitskräfte nur dadurch verhindern, daß den Leuten ein angemessener Lohn gesichert wird.

Bei Thyssen u. Co. war in der Bohrrohreherei kurz vor der Mobilmachung ein Akkordabzug von 10 Prozent angekündigt worden. Durch die Mobilisierung wurden die Arbeiter verhindert, dagegen Stellung zu nehmen.

Es sei hier noch vermerkt, daß uns bisher nicht bekannt geworden ist, ob die Firma Thyssen u. Co. in der Fürsorge für die Angehörigen der am Kriege beteiligten Arbeiter etwas getan hat.

Die Behandlung der Arbeiter hat bisher besonders in den großen Betrieben sehr viel zu wünschen übrig gelassen. Was aber gegenwärtig den Leuten von verschiedenen Meistern und sonstigen Betriebsbeamten geboten wird, muß auf das Schärfste verurteilt werden. Kollegen! Welche Lehren müssen wir aus den Verhältnissen ziehen?

Solingen Die hiesigen Exportfirmen haben ihre Betriebe größtenteils sofort nach Bekanntgabe der Mobilmachung geschlossen. Leider mußte ein Teil der Heimarbeiter bei der letzten Lieferung ohne Arbeitslohn nach Hause gehen.

Die ersten Tage nach Bekanntgabe der Mobilmachung herrschte auch unter den organisierten Kollegen viel Unklarheit, die zum Teil verständlich ist. Ein erheblicher Teil der führenden Kollegen der einzelnen Sektionen zog ins Feld. Die Uebrigen wurden meistens plötzlich arbeitslos.

Ferner stellten sich die Kollegen einmütig auf den Standpunkt, daß die Verbandsbeiträge unter allen Umständen pünktlich bezahlt werden müssen. Wenn auch die Beitragszahlung gegenwärtig einige Opfer koste, so müssen diese gebracht werden, um der Verband in die Lage zu versetzen, seine schwierige Aufgabe zu erfüllen.

Alles in allem ist die Stimmung unter den Solinger Kollegen sehr gut. Eine Sektion konnte sogar verschiedene Vorauszahlungen für den Verband aufweisen. In aller nächster Zeit werden sich die Kollegen in den einzelnen Sektionen mit der Frage einer planmäßigen Agitation befassen.

Briefkasten

Der Post befördert wieder Parole nach allen Orten Deutschlands, mit Ausnahme von allen Grenzgebieten so daß man Parole durch die Post oder durch die Bahn von auswärts befragen kann.

Briefkasten der Verbandsleitung

An verschiedene Beschwerdeführer: Wenn an manchen Orten die Auszahlung der Unterstufungen unregelmäßig vor sich geht, so liegt das nicht an der Centrale. Trotz aller Hinweise und Bekanntmachungen im Verbandsorgan kann ein Teil der Ortsgruppen die wöchentlichen Meldungen nicht ordnungsgemäß und frühzeitig einsenden.

In manchen Ortsgruppen scheinen sich die Mitglieder überhaupt nicht um die Verwaltungsarbeiten zu kümmern, sonst könnten solche Dinge nicht vorkommen. Die Mitglieder haben zuletzt gegen den Verband doch noch mehr Pflichten als nur Beiträge zahlen und Unterstufungen in Empfang zu nehmen.

Sterbetafel

Amberg. Unser Kollege Hochofenarbeiter Ant. Gräme ist am 3. September im Alter von 28 Jahren an Lungenentzündung gestorben. Neuß. Unser Mitglied der Kupferschmied August Schiller ist am 24. August infolge eines Unglücksfalles gestorben.

Veranstaltungs-Kalender

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne Grund keine Versammlung! Ehre ihrem Andenken! Sonntag, den 20. September. Gelsenkirchen. Morgens 10 1/2 Uhr bei Dirkes, Vereinsstr. 59, Versammlung für sämtliche Mitglieder der Ortsverwaltung.

Allen voraus sind die Kiepenkerl-Tabake von Oldenkott-Rees am Rhein. Überall käuflich! Wegen ihrer außerordentlichen Bekanntheit jedes Rauchers Freund.

Prima Nusschinken per Pfd. 1.20 M. Durchwacht, Speck, p. Pfd. 85 Pfg. Rettich, hart, Bretoner, Leberwurst p. Pfd. 70 Pfg. Kaiserjagdwurst und Prekopter per Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u. Salami per Pfund 1.20 M. empfiehlt per Nachnahme Carl Böger, Wurstfabrik, Glogau.